

Aktenzeichen
41-043

Kitzingen, 27.02.2019

Federführung: Sachgebiet 41

Vorlage-Nr.: SG 41/194/2019

Bearbeiter: Lothar Riedel

Tel.Nr.: 09321/928-4101

Beratungsfolge:	Status:öffentlich/nicht öffentlich	Termin:
Umwelt-, Verkehrs- und ÖPNV-Ausschuss	öffentlich / Beschluss	11.03.2019

Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 01.02.2019 „CO2-Ausstiegsplan,,

Anlagen:

Antrag Fr. Büttner CO2-Ausstiegsplan v. 01.02.2019

E-Mail Fr. Büttner zu CO2-Ausstiegsplan v. 24.02.2019

I. Vortrag:

Zum Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 01.02.2019 „CO2-Ausstiegsplan“, ergänzt mit E-Mail vom 24.02.2019 (Anlagen) ist aus Sicht der Verwaltung festzuhalten:

Die Objekte mit dem größten Wärmeverbrauch im Schulzentrum Kitzingen (Berufsschule, Fachoberschule, Armin-Knab-Gymnasium und Doppelsporthalle), sowie die Staatliche Realschule Kitzingen und das Gymnasium Marktbreit wurden bereits im Zuge der jeweiligen Baumaßnahmen auf CO2-neutrale Holzhackschnitzel-Heizungen für die Grundlastwärme umgestellt. Lediglich bei extremen Außentemperaturen, Reparaturen und für das Duschwarmwasser werden diese Objekte mit fossilen Brennstoffen beheizt, durch die eine schnelle Wärmeerzeugung möglich ist; insofern ist ein vollständiger Verzicht auf fossile Brennstoffe für den Spitzenlastbetrieb aus technischen bzw. betrieblichen Gründen nicht möglich. Das Verhältnis Grund-/Spitzenlastkessel liegt z. B. im Schulzentrum im vergangenen Jahr im bereits nahezu optimalen Bereich von 95 zu 5 Prozent und ist u.a. abhängig von nicht vorhersehbaren Reparaturzeiten.

An der Realschule Dettelbach mit Hallenbad wird die Wärme mit Gas erzeugt. Eine Umstellung der Beheizung auf regenerative Brennstoffe ist im Hinblick auf die Bemessung der Anlagengröße nur im Zusammenhang mit einer energetischen Sanierung sinnvoll und für diesen Fall geplant; da die Gesamtsanierung des Gebäudes allerdings erst 18 Jahre zurückliegt, kann hier aus Sicht der Verwaltung kein Termin genannt werden. Unabhängig davon wurde bereits 2015 eine Machbarkeitsstudie – ENA Büro Nürnberg – für ein Nahwärmenetz mit regenerativen Brennstoffen (Holz, Biogas) in Dettelbach durchgeführt. Daran beteiligte sich auch der Landkreis. Das Ergebnis ergab, dass kein wirtschaftlicher Betrieb zu erwarten sei.

Die Gebäude des Landratsamtes in Kitzingen werden mit Gaskesseln beheizt. Die Beheizung mit Pellets oder Holzhackschnitzeln wurde von der Verwaltung bereits wiederholt geprüft. Im Wesentlichen ergeben sich jeweils folgende Zwangspunkte: innerstädtische Lage und die dadurch bedingte, beengte Einbringung des Brennguts, Zufahrts- und Parkplatzprobleme der LKWs, Lärm und Staub bei der Lieferung und beengte Räumlichkeiten im Heizraum. U.a. bereits 2015 erfolgte eine Ortsbegehung mit einem Holzhackschnitzelkessel-Hersteller, welcher anschließend geraten hat, von einer Holzheizung Abstand zu nehmen, u.a. da die Holzhackschnitzel nicht abgekippt bzw. in einen Bunker geliefert werden können. Auch der zuständige Kaminkehrer rät von einer Holzheizung mit der hier notwendigen Leistung im Stadtgebiet aufgrund von Rauch und Geruch ab, da sich Probleme aus seiner Erfahrung immer wieder v.a. bei niedrigem Luftdruck ergeben. Außerdem besteht die Forderung, dass bis zum nächsten Fenster oder der nächsten Lüftungsöffnung 40 Meter Abstand eingehalten werden müssen. Um hier soweit möglich CO₂ einzusparen, wurden bereits die Heizungspumpen auf energieeffiziente Pumpen umgestellt, die bis zu 70 Prozent weniger Strom verbrauchen und entsprechend weniger CO₂. Ebenso erfolgt durch eine erneuerte Mess-, Steuer- und Regeltechnik eine präzisere Datenerfassung und -auswertung und dadurch weniger Energieverbrauch und somit eine CO₂ Einsparung.

Im Bauhof Hoheim wird mit Gas geheizt. Die Anlage funktioniert mit dem neuen Brenner aus dem Jahr 2017 zuverlässig. Bei einer Kompletterneuerung der Heizung wird die Beheizung mit regenerativen Energien geprüft.

Die Raumzellen (Klassenzimmer) am Mühlberg, die Freisportanlage, der Jobcenter und das Gesundheitsamt werden aufgrund des geringen Wärmebedarfs (14 bis 49 KW) mit Gasthermen beheizt. Eine andere Wärmeerzeugung wäre wesentlich kostenintensiver und unwirtschaftlicher.

Die Maßnahmen zur CO₂-Einsparung werden in den Jahresberichten zum kommunalen Energiemanagement durch die Verwaltung dargestellt. Dabei erfolgt eine stetige Prüfung des Energieverbrauchs und eine kurzfristige Mängelbeseitigung bei Auffälligkeiten. Auch hierdurch wird Energie – sprich CO₂ – eingespart.

Aufgrund der technischen Änderungen durch die Verwaltung und Sanierungsmaßnahmen konnte der CO₂-Ausstoß seit 2010 um rund 61 Prozent reduziert werden, das entspricht 7690 Tonnen CO₂. Die Verwaltung prüft grundsätzlich bei jedem Objekt, ob die Beheizung mit regenerativen Energieerzeugern unter Beachtung der Förderrichtlinien erfolgen kann.

Soweit mit E-Mail vom 24.02.2019 ergänzend mitgeteilt wurde, dass man einverstanden wäre, den Antrag zurückzustellen, wenn die Energieagentur oder ein anderer Energieberater - speziell für die Realschule Dettelbach, das Landratsamtsgebäude und den Bauhof als CO₂-Hauptverursacher – beauftragt würde, um Vorschläge zur Energieeinsparung zu unterbreiten und dann über das weitere Vorgehen zu beraten, ist aus Sicht der Verwaltung festzuhalten: Wie dargestellt ist an der Realschule Dettelbach mit Hallenbad eine Umstellung der Beheizung auf regenerative Brennstoffe im Zusammenhang mit einer energetischen Sanierung vorgemerkt; weiterhin wurde bereits im Zuge der Nahwärmestudie von 2015 ermittelt, dass bei einer Beheizung mit regenerativen Brennstoffen (Holz, Biogas) aufgrund mehrerer Berechnungen ein wirtschaftlicher Betrieb nicht zu erwarten sei. Aufgrund der Förderung der letzten Sanierung kann frühestens eine weitere Sanierung mit Förderung ab 2025 erfolgen. Daher ist aus Sicht der Verwaltung eine gesonderte Untersuchung bzw. Beratung momentan nicht sinnvoll.

Nachdem die Heizungsanlage im Bauhof Hoheim zuverlässig funktioniert, sieht die Verwaltung keinen akuten Handlungsbedarf. Eine detaillierte Prüfung über die Beheizung des Objekts mit regenerativen Energien erfolgt bei der nächsten Sanierung oder der Kesselerneuerung. Die Situation des Landratsamtsgebäudes wurde bereits wiederholt untersucht, u.a. in Zusammenarbeit mit einem Kesselhersteller und dem Kaminkehrer. Auch ist festzuhalten, dass vorgenannte Objekte, sowie weitere Landkreisliegenschaften, zuletzt bereits 2008 durch die Energieagentur Oberfranken genauestens untersucht und überprüft wurden. Die damals festgestellten Verbesserungen wie z. B. Thermostatventile erneuern, Zeitschaltuhren/Schaltzeiten ändern, Nachtabsenkungen überprüfen und neue stromsparende Leuchten einbauen, wurden alle umgesetzt. Gleichzeitig bestehen aber z.B. für das Landratsamtsgebäude die gleichen Zwangspunkte wie bereits 2008 weiterhin. Daher sind weitere Untersuchungen derzeit aus Sicht der Verwaltung nicht angezeigt.

II. Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung berücksichtigt bisher und auch zukünftig wie dargestellt planmäßig bei der Wärmeerzeugung an den Liegenschaften den Einsatz regenerativer Energien; ein gesonderter CO2-Ausstiegsplan ist insofern nicht erforderlich.

Tamara Bischof
Landrätin